mann,
sprecher 426.
dbrede
2.
—7 Uhr.
el. Herford
Pflegerin
der später Stelle
rheim oder auch
. Gute Zeugnisse
vorhanden.
r Nr. 64 an die
ieses Blattes.
ntlichen, kräftigen
gen sucht
tstelle
elischen Landwirt
Nolting
ortmund.
1061
Bielefeld.
50
50

Ausgabe. B

Heimatkunde Bethel

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 167. | Bielefeld-Bethel, Sonntag, den 20. Juli 1919. | Jahrg. 1.

Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft.

Die Frage der Sozialisierung ist in unserem Blatte sehr oft eingehend besprochen worden. Als wir in Nr. 157 und 158 die Rede von Minister Wissell, welche er auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu der in Aussicht genommenen Planwirtschaft gehalten hat, zum Abdruck brachten, glaubten wir, Wissell würde im Amte bleiben und ernstliche Versuche machen, seine Ideen durchzuführen. Inzwischen ist er zurückgetreten und mit ihm seine Beamten, die den Plan ausgearbeitet und mit vielen und glänzenden Worten begründet hatten. Robert Schmidt hat das Erbe angetreten und scheint das Programm Wissells so ziemlich fallen lassen zu wollen.

Mit welchen neuen Plänen nun Schmidt hervortreten wird, ist noch ungewiß. Jedenfalls erleben wir seit einem halben Jahre in bezug auf die Sozialisierung ein hin und her experimentieren, welches zeigt, daß in den Köpfen der Sozialisten wohl eine Idee spukt, die den Wunsch des Volkes nach wenig Arbeit, viel Lohn und ungezügelter Freiheit zur Erfüllung bringen soll, aber über die Ausführbarkeit dieser Ideen herrscht völligste Unklarheit. Da kommt es jetzt gerade recht, daß ein Mann aus dem praktischen Wirtschaftsleben, Herr Geheimrat Hugenberg, in seiner großen Rede auf dem Parteitage der Deutschnationalen Volkspartei auch auf die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter zu sprechen kommt und Vorschläge macht, die er für schnell durchführbar hält ohne starke Umwälzung der bisherigen Ordnung. Da Geheimrat Hugenberg bei allen einsichtigen Vertretern des Wirtschaftslebens, und dazu zählt doch auch die Arbeiterschaft, als ein Mann gilt, dem es nicht um Schlagworte und eigene Interessen gilt, sondern der mit warmem Herzen des Vaterlandes Wohl sucht, so dürften seine Vorschläge die Beachtung finden, die ihnen gebührt.

Plan- und Gemeinwirtschaft.

Unter Plan- und Gemeinwirtschaft versteht der abgegangene Reichswirtschaftsminister die zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft. Das ist heute mehr denn je eine Utopie. Wir haben zurzeit gar nicht die Menschen und Kräfte, die eine solche Aufgabe bewältigen könnten. Selbst die festgefügten, langsam aufgebauten Großbetriebe unserer Industrie krachen heute in allen Fugen. Der durch die Revolution zum offenen Feuer angefachte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern und Angestellten zersetzt gewissermaßen den Großbetrieb in sich. Er ringt um sein wirtschaftliches Dasein. Seine Leiter wissen sich kaum noch Rat. Noch viel schlimmer ist es mit den bereits voll sozialisierten, d. h. staatlichen Betrieben. Ich erinnere an den Zustand in den Reichswerkstätten der Post und der Eisenbahn mit ihrem Milliardenfehlbetrag. Noch vor einem halben Jahre nahm man es mir übel, jetzt darf ich es wohl ruhig aussprechen: wenn es so weiter geht, werden wir in die staatlichen Betriebe unter sozialistischer Herrschaft noch ein Stück Privatunternehmertum einfügen müssen, da der Staatsbetrieb seine Sache einfach nicht wieder in Ordnung bekommt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß mehr als je im nachbismarckischen Kaiserreich heute in den Ministerien niemand weiß, wer Koch und Kellner ist. Das Reichswirtschaftsministerium spricht es in dem bekannten Entwurfe einer Denkschrift mit aller Deutlichkeit aus. Es ist das auch ganz natürlich, wenn jeder alles und niemand etwas Ordentliches machen will — wenn kein Schuster bei seinem Leisten bleibt und jeder glaubt, er müsse das Wirtschaftsleben „organisieren". Unter dem Einflusse der sozialistischen Stimmung war das schon vor dem Kriege eingerissen. Im Kriege und zumal seit der Revolution ist es ganz schlimm geworden und kann auch gar nicht wieder anders werden, solange man nicht auf den Wahn verzichtet, daß irgend jemand die Fähigkeit zur Leitung oder Einführung dieser „Planwirtschaft" besitze. Möllendorff sagt in einer Rede vor dem Reichsverbande deutscher Industrieller in seiner sympathischen Art unter Hervorhebung der Notwendigkeit von Selbstverwaltung und Selbstverantwortung ganz offen: „Legien und Stinnes verstehen ihre Sache besser als Wissell und Möllendorff. Daher wollen wir die Zügelführung an diese Männer abgeben." — Ich weiß nur nicht, ob Legien und Stinnes selbst glauben, erstens, daß sie diese Aufgabe lösen und zweitens, daß sie sich dabei der Bureaukraten — es seien Juristen, Techniker oder Kaufleute — erwehren können, die in dem schönen Worte Selbstverwaltung das Selbst immer auf sich beziehen.

Politisch dürfte sich unsere Stellung zu der Sache am deutlichsten in folgendem Urteile ausdrücken: Abgesehen von alledem, was hinter den jetzt schon sichtbaren Umrissen der Wissell-Möllendorffschen Planwirtschaft steht, enthält diese — neben der Einschaltung von allerlei bedenklichen Hemmungsmomenten und Unsicherheiten in den Betrieb, die das Verantwortlichkeitsgefühl des Unternehmers, die erste Grundlage wirtschaftlichen Erfolges, zu erschüttern geeignet sind — vor allem auch den Gedanken an die Zwangssyndikate. Ich möchte ihn nicht für alle Zeiten ablehnen, zumal angesichts einer so unübersehbaren Zukunft. Ich würde es auch für falsch halten, wenn man der Bildung freiwilliger Syndikate Schwierikeiten bereitete. Aber gemäß dem Grundgedanken, den ich entwickelt habe, würde ich

im Augenblick lieber alle Syndikate in die Brüche gehen lassen, als sie künstlich stützen.

Dabei bin ich mir darüber klar, daß ohne das Kohlengesetz wahrscheinlich auch das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat nicht mehr zusammenhalten würde. Ich glaube aber, daß angesichts der ungeheuren Veränderungen der Lebensbedingungen unseres Wirtschaftsbetriebes jedem einzelnen von ihnen trotz der damit verbundenen Gefahren die Freiheit gelassen werden muß, gewissermaßen wie der Krebs seine harte, aus der Vergangenheit stammende Schale abzuwerfen und sich so oder so den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Nur ein Gesichtspunkt Möllendorffs würde mir einleuchten, wenn ich den behaupteten Zusammenhang finden könnte. Er sagt: „Die Beziehungen sind von Land zu Land, nicht von Firma zu Firma, herzustellen, ich meine unter Beziehungen das letzte Vertragsverhältnis. Es gilt, bis in alle Konsequenzen hinein die entsetzliche Wendung abzuwehren: keine privatwirtschaftliche Kolonisierung Deutschlands durch den Feind." Es ist das einer der blitzenden Gedanken, wie Möllendorff sie perlenartig aneinander reiht. Aber inwiefern schützt seine Planwirtschaft uns wirklich vor dieser Gefahr? Je größer der Einfluß des Deutschen Reiches, das doch nunmehr der Büttel unserer Feinde ist, auf die einzelnen Privatwirtschaften wird, um so leichter der Zugriff des Feindes! Das scheint mir nun ein weiterer Grund für die Forderung freier Wirtschaft zu sein.

Andererseits sollten wir meines Erachtens doch

gewisse anderweitige neue Schranken der freien wirtschaftlichen Betätigung

fordern. Zur Wiederherstellung der Ehrlichkeit des Wirtschaftslebens gehört die schonungslose Unterdrückung des Wuchers und des Schiebertums. Es kann das, abgesehen vom Strafgesetze, nur auf ehrengerichtlichem Wege geschehen: das kaufmännische Ehrengericht muß ausgebaut, im Anschluß an die Berufsorganisationen auf das ganze wirtschaftliche Leben ausgedehnt und mit weitgehenden Befugnissen versehen werden — bis zur zeitweiligen oder schließlich dauernden Aberkennung der Geschäftsfähigkeit. Das ist aber erst möglich, wenn die Kriegswirtschaft und ähnliche Entschuldigungen des Schiebertums mit Haut und Haar ausgerottet sind.

Freiheit der Wirtschaft soll auch nicht heißen, daß ich die soziale Entwicklung rückgängig machen will, die sich vollzogen hat und ihren gesundesten Ausdruck in der „Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" gefunden hat. Ich muß ihr Wesen und ihr Ziel hier als bekannt voraussetzen. Ob und wie sie marschieren wird, weiß heute noch niemand. Noch weniger aber weiß jemand, wie wir ohne sie wieder zu vernunftmäßigen Zuständen kommen sollten. Ich nehme an, daß Herr Kollege Behrens sich zu dieser Frage des näheren äußern wird, und will als meine Ansicht nur noch aussprechen, daß Arbeitsgemeinschaft und Rätesystem zu einander in einem Gegensatze stehen und schließlich in dieser oder jener Form eines von beiden das andere auffressen muß.

Ich sagte schon, daß unsere Großbetriebe durch die Haltung ihrer Arbeiter und namentlich Angestellten in einer Art von Zersetzung begriffen sind. Ich fürchte, sie greift sehr tief, und hoffe andererseits, daß wenigstens diese Form der Revolution auch die freiheitlichen Länder ergreifen wird. Daß daran durch die Betriebsräte, das Mitbestimmungsrecht und derartige Zugeständnisse viel geändert werden kann, glaube ich nicht. Dadurch wird kein inneres Verhältnis zu dem Werke hergestellt. Kapital und Arbeit bleiben im Werke die feindlichen Brüder, zu denen der Sozialismus sie erzogen hat. Wahrscheinlich werden die Reibungsflächen noch größer.

Muß man nicht angesichts solcher Gefahren versuchen, von Stein-Hardenberg zu lernen? Damals gab man den Bauern gegen Entschädigung einen Teil des Rittergutes. Sollte man

nicht heute den Arbeitern und Angestellten einen Teil der Fabrik

geben? Aber nur gegen Entschädigung, sonst wäre es ein Geschenk, das keine engere und dauernde Gemeinschaft mit dem Werke begründet, als Betriebsrat, Mitbestimmungsrecht und dergleichen es tun. Sind diese einmal unvermeidlich, so ist es schließlich für den Betriebsleiter kein großer Unterschied, ob er zu einem gewissen Bruchteil Publikum und Börsenleute zu Aktionären hat, oder die eigenen Arbeiter und Angestellten. Es könnte sogar, wenn der Versuch glückt und die Maschine sich dabei nicht totreibt, den Vorteil bringen, daß die industrielle Großunternehmung unabhängiger von Börseneinflüssen und damit in sich bodenständiger wird. Man müßte dann als Zwischenbesitzer die Werksgemeinschaft, d. h. die Gesamtheit der Mitarbeiter einschieben und zu einer juristischen Person machen, die einen Anteil am Werke auf Kredit erwerben kann. Sie müßte diesen Anteil in beliebigen Abschnitten bis zur Kleinaktie von 50 ℳ hinunter, deren Einführung eine Voraussetzung der Durchführung des Planes bildet, gegen Kapitalzahlung an die einzelnen Werksangehörigen weitergeben, so daß diese Mitaktionäre würden. Soweit dadurch

Auf dem Karmel.

O Gott im Himmel, einen Mann,
Gib einen Mann in diese Zeiten,
Der glauben und der beten kann
Und wider Baalspfaffen streiten,
Die auf dem Altar, dir geweiht,
Den Eigenwitz und seine Götzen,
Das Fleisch und seine Eitelkeit,
Die Welt und ihren Mammon setzen.

Es rührt und regt sich allerwärts,
Zum Karmel wogt's von deinem Volke,
Doch starret noch wie glühend Erz
Dein Himmel ohne Gnadenwolke.
O lende den erkor'nen Mann,
Der heile deines Altars Jammer
Und schlage an den Himmel an
Mit des Gebetes Eisenhammer.

Du hast ja Wetter noch genug
Und Donnerkeile in den Höhen.
Das in Elia Opfer schlug,
Das Feuer laß uns heute sehen!
Das fresse, was dir nicht gefällt,
Fleisch, Holz und Erde und Gesteine,
Und zitternd spreche alle Welt:
Der Herr ist Gott, ist Gott alleine!

Dompredigter Lange, Halberstadt. † 1895.

die Abtragung des Kredits nicht möglich erscheint, würde sie im Wege des Lohn- und Gehaltsabzuges unter entsprechender Gutschrift eines Anteils am Aktienbesitze erfolgen dürfen. Für beide Fälle müßte die Werksgemeinschaft gewissermaßen Abrechnungsbank sein, die im Falle des Ausscheidens aus der Beschäftigung die Anteile auf Wunsch zurücknimmt und weitergibt, widrigenfalls der Anteilbesitzer mit seinem Besitz aus der Werksgemeinschaft ausscheidet, also sozusagen kapitalistischer Besitzer wird. Die Einzelheiten möchte ich jetzt nicht ausmalen, um die Klarheit des Grundgedankens nicht zu beeinträchtigen und den Hörer nicht mit seinen Bedenken an Kleinigkeiten haften zu lassen. Ich bin selbst nicht ohne Bedenken und weiß nicht, wie meine Freunde aus der Industrie den Vorschlag aufnehmen werden, den ich hier vorläufig auch für mich selbst unverbindlich mache.

Die Werksgemeinschaft

müßte natürlich eine Verfassung haben, deren Organe dann die gegebenen Träger für die Vertretung der Mitglieder gegenüber der Werksleitung und für eine der Beteiligung entsprechende Vertretung im Aufsichtsrate wären. Das Vorgehen müßte sich — zum mindesten vorläufig — auf die ganz großen, schon mehr unpersönlich geleiteten Werke beschränken und unter allen Umständen die Mehrheit des Kapitals der Unternehmungen in den Händen der bisherigen Besitzer lassen. Sollte der Versuch sich bewähren und daraus schließlich einmal der Alleinbesitz der Arbeiter und Angestellten an den großen Werken, also eine Sozialisierung in dem Sinne hervorgehen, wie ein großer Teil der Sozialdemokratie sie will, — wohlgemerkt, nachdem der Versuch sich bewährt hat und wenn dann noch Wert darauf gelegt wird — nun — so muß es uns recht sein — und den deutschen Kapitalisten, die entschädigt werden, und den deutschen Betriebsleitern, die man weiter dringend braucht, wird es auch recht sein: nur weiß ich nicht, wie man diese dann auswählen wird, was doch die wichtigste Aufgabe der Aufsichtsräte ist — es sei hier vergleichsweise an die Versuche einer Wahl der Offiziere durch das Heer erinnert! Aber das wären spätere Sorgen.

In der Welt draußen, auf dem großen Markte, bliebe die individualistische Wirtschaftsordnung, die Grundlage aller Kraftanspannung und alles Fortschrittes bestehen, insbesondere in der Landwirtschaft, dem Handel und dem Klein- und Mittelbetriebe. Und wir dürfen nicht verkennen, daß vielleicht die Glanzzeit des Großbetriebes vorüber ist: seine inneren Schwierigkeiten bringen unter Umständen jetzt ein Stocken des sogenannten Prozesses der Konzentration mit sich. Der Handwerksmeister auf dem Lande, der nur mit seinen Söhnen arbeitet und an achtstündige Arbeitszeit und Tarife zum mindesten praktisch nicht gebunden ist, ist heute überall da, wo die Technik nicht im Wege steht, der stärkere. Und wir von der Rechten müssen verhüten, daß eine etwaige Verstaatlichung der Verteilung (Leitung) der elektrischen Energie nicht von dem kleinbetriebfeindlichen Sozialismus zu einer Abriegelung dieser Entwicklung benutzt wird.

Endlich aber: ein Vorgehen, wie das angedeutete, beseitigt, wenn es glückt, auch in dem industriellen Großbetriebe nicht das, was am „kapitalistischen Geist" gesund ist. Ich habe das kürzlich an anderer Stelle — vor den evangelisch-sozialistischen Arbeitersekretären in Bethel — näher ausgeführt. Es pflanzt das Interesse am Werke, den Geist des „Verdienenmüssens", ohne dessen ausschlaggebende Zügelführung kein Wirtschaftsbetrieb bestehen kann — siehe preußische Staatseisenbahnen — in die Seele aller Mitarbeiter des Werkes, und belebt damit in ihnen wieder das durch den Großbetrieb und den Sozialismus abgetötete Gefühl für die individualistischen Motive unserer Wirtschaftsordnung. Ob man das dann Sozialismus nennt oder nicht, ist mir gleich. Es wird so wenigstens eine Aussicht geschaffen — die ich sonst nirgends finde —, daß wir im Innern des Industriearbeiters, in seiner Seele, einen Hebel ansetzen, mit dem er aus der hoffnungs- und interesselosen Verzweiflung wieder herausgerissen wird, die ihn im Augenblick alles zerstören heißt. Regen sich erst wieder in Deutschland Millionen Hände und Seelen zum Schaffen, zum Aufbauen, statt zum Zerstören, so ist das allerschlimmste überwunden, und es geht wieder nach oben. Und da die Krisis des Großbetriebes — wenn auch vielleicht keine Revolution — im feindlichen Auslande noch kommt, so werden wir den Vorsprung in ihrer Überwindung gewinnen, auch wieder einen Punkt haben, von dem aus wir auf den Weltenhebel drücken können.

Ein etwaiges Vorgehen in dieser Richtung müßte durch eine Art Rahmengesetz eingeleitet werden, das die Formen dazu schafft, aber keinen Zwang enthält. Auch hier müssen die Dinge wachsen können. Wir müssen uns die fürchterliche Art der Gesetzesmacherei wieder abgewöhnen, die versucht, nach Art des Technikers alle Dinge fertig zu konstruieren, anstatt Form und Rahmen zu schaffen, in die lebendige Kraft hineinströmen und sich in gewachsene Gestalten umsetzen kann.

Dabei können wir aber noch eines machen: nämlich leichte Handhaben in dem Sinne geben, daß neben dem Anteile des Unternehmens, der in die Hand der Arbeiter und Angestellten übergeht, mindestens der an der Mehrheit fehlende Betrag durch Vereinbarungen mit der Werksgemeinschaft so festgelegt werden kann, daß seine Eigentümer und Vertretungsberechtigten nur Deutsche sein dürfen. Das würde ich — im Gegensatz zu Möllendorff — für den richtigen Weg halten, um seine berechtigte und wichtige Forderung durchzuführen: **„Keine privatwirtschaftliche Kolonisierung Deutschlands durch die Feinde."** Das ist in der Tat eine große Gefahr.

Ob die Sozialdemokratie den Gedanken einer solchen Werksbeteiligung der Arbeiter und Angestellten nicht ablehnen oder so ausgestalten wird, daß er für den Arbeitgeber unannehmbar, also nur im Wege des Zwangsgesetzes statt der Arbeitsgemeinschaft durchführbar wird, sei dahingestellt. Nur um so ernstlicher hätten wir Deutschnationalen dann die Frage zu prüfen, ob wir diesen Gedanken nicht in den Mittelpunkt unseres sozialwirtschaftlichen Programms stellen wollen.

Zollzahlung in Gold.

Gegen die Entwertung der Reichsmarkwährung.

Der Gesetzentwurf über die Zahlung der Zölle in Gold ist vom Staatenausschuß angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung zugewiesen worden. Das in zwei Paragraphen gefaßte Gesetz enthält die Bestimmung, daß die in die Reichskassen fließenden Zölle in Gold zu zahlen sind. Durch die Reichsregierung wird besonders bestimmt, nach welchem Umrechnungsverhältnis die zur Zollzahlung zugelassenen fremdländischen Goldmünzen in Zahlung zu nehmen sind und unter welchen Bedingungen die Zahlung in anderen Zahlungsmitteln als Goldmünzen geleistet werden kann.

In der Begründung heißt es: Die Zolleinnahmen des Reiches sind im Laufe des Weltkrieges in außerordentlich großem Umfange zurückgegangen. Während sie sich im Rechnungsjahr 1913 auf 725 Millionen Mark beliefen, hat im Rechnungsjahr 1918 die Zolleinnahme an Zöllen nur 166 Millionen Mark betragen. Die Verringerung beruht einerseits auf der behufs besserer Versorgung des Inlandes erfolgten Beseitigung oder Ermäßigung zahlreicher Zölle, andererseits auf der weitgehenden Lahmlegung der Einfuhr durch kriegerische Maßnahmen und Verkehrsbeschränkungen. Die Gründe, die zur Beseitigung und Ermäßigung von Zöllen führten, werden bei der Mehrzahl der in Betracht kommenden Waren noch längere oder kürzere Zeit fortbestehen. Auch nach Friedensschluß wird ferner der Einfuhrverkehr nicht sogleich den früheren Umfang erreichen, sondern aus verschiedenen Gründen nur allmählich wieder zunehmen.

Um so gebieterischer erfordert unsere Finanzlage einer Gefahr zu begegnen, die die Wirksamkeit der uns verbliebenen Zölle für die Reichskasse bedroht und die Vorteile, die der letzteren die Wiederbelebung des Einfuhrverkehrs bringen könnten, in Frage zu stellen geeignet ist. Die Quelle dieser Gefahr ist die Entwertung der Reichsmarkwährung. Neben den finanziellen Nachteilen darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Unterwertung unserer Währung gegenüber der heimischen Arbeit, die jetzt mit sehr gesteigerten Erzeugungskosten zu rechnen hat, eine Abschwächung des Zollschutzes bedeutet. Das zur Beseitigung der Uebelstände geeignete Mittel ist die gesetzliche Anordnung, daß die Zölle in Gold zu bezahlen sind. Alle Maßnahmen, die zur Durchführung dieser Anordnung getroffen werden müssen, können dem Verordnungswege vorbehalten bleiben. Insbesondere gehört hierher die Bestimmung darüber, ob und welche ausländischen Goldmünzen anzunehmen und welche Umrechnungssätze dabei zu Grunde zu legen sind.

Weiter wären die Bedingungen festzusetzen, unter denen andere Zahlungsmittel als Goldmünzen zugelassen werden können. Neben der Zahlung in deutschem Papiergeld in einem Betrage, der dem errechneten Zoll, erhöht um ein in bestimmter Zeit neu festzulagendes Aufgeld, zu entsprechen hätte, kann angesichts des dringenden Bedarfs des Reichs an ausländischen Zahlungsmitteln in Frage kommen, die Begleichung des Zolles mit solchen, auch soweit es sich nicht um Goldmünzen handelt, nach näher zu regelnden Grundsätzen zu erhöhen oder zu fordern. Dabei würden gegebenenfalls außer Silbergeld, Papiergeld, Banknoten usw. auch Auszahlungsanweisungen, Schecks und Wechsel zu berücksichtigen sein. Die Einführung der Goldzahlung würde selbstverständlich auch eine Aenderung der Bestimmungen über die Vergütung von Zöllen zur Folge haben müssen. Endlich würde es Aufgabe der zuständigen Landesbehörden sein, für eine entsprechende Erhöhung der für Zollstundungen geleisteten Sicherheiten Sorge zu tragen.

Die Durchführung des Friedens.

Ratifizierung des Friedensvertrages durch England.

Der „Daily Chronicle" berichtet, daß die Regierung am Montag im Unterhause die Ratifizierung des Friedensabkommens beantragen wird. Die drei Lesungen des Gesetzentwurfes sollen an einem Tage durchgeführt werden. Auch das englisch-französische Abkommen wird, wenn irgend möglich, am Montag durch das Parlament ratifiziert. Lloyd George wird in die Debatte eingreifen. Man erwartet, daß an beiden Verträgen nur wenig Kritik geübt wird. — Die französische Kammer dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach erst am 5. August mit dem Friedensantrag beschäftigen.

Die Ratifizierung in Belgien.

Die belgischen Kammern haben in gemeinschaftlicher Sitzung den Friedensvertrag angenommen. Sie machten aber Vorbehalte und sprachen ihr Leidwesen darüber aus, daß Belgien auf der Friedenskonferenz so schlecht abgeschnitten hätte. Der Vertrag sei denn auch nur unter dem Drang der Umstände gutgeheißen worden. Verschiedene Kammermitglieder stellten eine Anzahl von Fragen, und zwar über die Verhandlungen mit Holland wegen des Gent-Terneuzen-Kanals, über die Regelung der Schelde- und Maasfragen, sowie über die Frage, ob Eupen und Malmedy nach dem System regiert werden sollen, das Frankreich gegenüber Elsaß-Lothringen anwendet. Ferner wurde gefragt, ob Belgien nicht in derselben Art wie Frankreich gegen einen neuen Angriff von Deutschland geschützt werden könnte, also durch ein Bündnis mit Frankreich und England.

Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrages.

Der Pariser Korrespondent des „Newyork World" schreibt, daß die Friedenskonferenz die geplante Kommission für technische Ausführung des Friedensabkommens vorläufig nicht ernennen kann. Ein amerikanischer Delegierte hat darauf hingewiesen, daß, so lange die Ratifizierung durch den amerikanischen Senat nicht erfolgt ist, die ganze technische Ausführung in der Schwebe bleiben muß und daß es unmöglich ist, jetzt schon Kommissare zu ernennen. Amerika macht deshalb den Vorschlag, daß jeder Einzelstaat.

Ein Aufruf an alle gläubigen Eltern und Freunde der Jugend.

Alle gläubigen Eltern und Freunde der Jugend beschäftigt zurzeit die wichtige Frage: Was wird bei der bevorstehenden Schulreform aus dem christlichen Religionsunterricht in der Schule werden? Es ist dringend erforderlich, daß alle Gläubigen, denen das geistliche Wohl unserer Kinder am Herzen liegt, sich zusammenschließen, um ihnen auch für die Zukunft christlichen Religionsunterricht zu sichern.

Zu diesem Zweck ist am Sonntag, den 27. April, in Vohwinkel von einer größeren Versammlung, die aus verschiedenen interessierten Kreisen von Gläubigen Rheinland-Westfalens beschickt worden war und die sich eingehend mit dem Gegenstande beschäftigt hat, ein Ausschuß zur Sicherung christlichen Religionsunterrichts für die schulpflichtige Jugend gebildet worden. Derselbe hat für seine Tätigkeit folgende Richtlinien aufgestellt:

Der Ausschuß tritt ein für die christliche Erziehung und Unterweisung unserer Kinder auf Grund der Heiligen Schrift und erstrebt in dieser wichtigen Frage das Zusammenwirken aller bibelgläubigen Kreise.

1. Er betrachtet es als seine vornehmste Aufgabe, den gläubigen Eltern die Pflicht einzuschärfen, im Elternhaus für die christliche Erziehung und Unterweisung ihrer Kinder Sorge zu tragen und will dazu den Eltern Handreichung tun.

2. Die Gestaltung des Religionsunterrichtes in der Schule gedenkt der Ausschuß mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen:

a) Wir fordern, bei der bevorstehenden Schulreform gehört zu werden und verlangen als erstes, daß die Lehrer- und Lehrerinnenseminare für alle geöffnet werden, ohne daß nach der kirchlichen Zugehörigkeit gefragt werden darf.

b) In Wahrnehmung des Elternrechts einerseits und unter Wahrung der Gewissensfreiheit andererseits, wollen wir unsern Kindern in der Schule einen Religionsunterricht sichern, der dem Geist und Sinne des biblischen Christentums entspricht, gegebenenfalls unter Wahrnehmung des Rechtes der Minderheiten auf Anstellung besonderer Religionslehrer.

c) Sollte die Schule religionslos werden, oder der Religionsunterricht in derselben einen Charakter annehmen, der dem biblischen Christentum entgegen ist, so werden wir für die Errichtung freier Schulen auf christlicher Grundlage eintreten.

d) Falls uns das Recht dazu versagt wird, so treten wir ein für die Übernahme des Religionsunterrichtes durch die Religionsgemeinschaften und für die Errichtung besonderer Unterrichtsgelegenheiten außerhalb der Schule.

3. Der Ausschuß macht auch die Förderung und Pflege des planmäßigen Religionsunterrichtes in Kinderlehre und dergleichen in den Gemeinden und Gemeinschaften zum Gegenstand seiner Bestrebungen und will die Einrichtung und den Ausbau desselben fördern.

4. In derselben Weise will er sich um die Sonntagsschule bemühen. Es kommt für ihn eine mehr schulmäßige Gestaltung derselben nach pädagogischen Gesichtspunkten in Betracht.

5. Endlich gedenkt er sich die Gewinnung und Ausbildung von Religionslehrern auch aus christlich-dissidentischen Kreisen angelegen sein zu lassen, die in Sonntagsschule und Kinderlehre, wie auch im Religionsunterricht innerhalb der Schule und außerhalb derselben Verwendung finden können.

Die fruchtbare Ausführung der in diesen Richtlinien angedeuteten Aufgaben und deren kraftvolle Vertretung auch den Behörden gegenüber ist nur möglich, wenn der Ausschuß sich bei seiner Tätigkeit auf weite Kreise bibelgläubiger Eltern stützen kann, die auch bereit sind, entsprechende Geldopfer zu bringen.

Wir fordern daher zur Mitarbeit auf und bitten Zustimmungen, Anregungen, Anfragen und dergleichen an den unterzeichneten Schriftführer gelangen zu lassen, während freiwillige Beiträge an den Schatzmeister erbeten werden.

Der geschäftsführende Ausschuß:

Kreisrentmeister W. Rosenkranz-Schwelm, 1. Vorsitzender. Fabrikdirektor Joh. van den Kerkhoff-Velbert, 2. Vorsitzender. Seminar-Übungslehrerin Frau Missionar Brockhaus-Barmen. Prediger Ortmann-Düsseldorf. Prediger A. Scheve-Hattingen, Beisitzer. Chemiker Dr. Weinstock-Düsseldorf, Schatzmeister (Postscheckkonto 73 888). Prediger Krull-Schwelm, Kaiserstraße 40, Schriftführer.

Der erweiterte Ausschuß:

Arzt Dr. Beer-Düsseldorf. Frau Dr. Beer-Düsseldorf. Lehrer Berg-Düsseltal. O. Buschmann-Vohwinkel. Prediger Gebhardt-Elberfeld. Prediger Goebel-Essen. Prediger J. W. de Haan-Dortmund. Oberlehrer Hahne-Barmen. Prediger Haenisch-Elberfeld. Prediger Heyenbruch-Vohwinkel. Prediger Krumnow-Solingen. Prediger Merten-Barmen. Kaufmann Karl Meyer-Elberfeld. Buchhändler Müller-Barmen. Fabrikdirektor Weiß-Lüne b. Dortmund. Kaufmann B. Zimmermann-Köln a. Rh.

der an der technischen Ausführung interessiert ist, eine eigene Kommission ernennen soll, welche ihren eigenen Regierungen Vorschläge und Gutachten unterbreiten soll. Sobald dann die Ratifizierung durch Amerika erfolgt ist, können auf Grund der verschiedenen Berichte allgemeine Regeln festgelegt werden, und es ist möglich, eine interalliierte Kommission zu ernennen.

Deutsch-polnische Besprechungen über die Abtretung.

In Thorn fanden am Donnerstag zwischen den Vertretern des Obersten Volksrates sowie Mitgliedern des Danziger Oberpräsidiums für die Ausführung der Friedensbedingungen bezw. die Räumung der abzutretenden Gebiete vorbereitende Besprechungen statt, an denen auch Oberpräsident Schnackenburg teilnahm. Beim Danziger Oberpräsidenten hatten in den letzten Tagen bereits mehrfach Besprechungen unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Schnackenburg und unter Hinzuziehung der beiden Regierungspräsidenten von Danzig und Marienwerder sowie von Generalstabsoffizieren beim Generalkommando des 17. Armeekorps stattgefunden. Der Vorschlag der Reichsregierung bei der Entente auf Eröffnung direkter Kommissionsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen zur Ausführung des Friedensvertrages hat in Versailles noch keine Erledigung erfahren. Die Antwort auf diesen Vorschlag wird binnen kurzem erwartet. Die Thorner Vorbesprechungen sollen der raschen und reibungslosen Abwickelung der Angelegenheit dienen.

Die militärische Besetzung der Rheinprovinz.

Auf Einladung der Reichsregierung traten die Abgeordneten der Nationalversammlung sowie der preußischen bayerischen, badischen und hessischen Landesversammlungen, die in den besetzten rheinischen Gebieten gewählt sind, zusammen, um einen Bericht des Vorsitzenden der deutschen Kommission über die Ausführung des Abkommens betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande des Unterstaatssekretärs Dr Lewald entgegenzunehmen. An der Hand des sogleich mit dem Friedensvertrage ratifizierten Abkommens entwickelte Dr Lewald die Forderungen, die er der in Versailles unter dem Vorsitz des Ministers Loucheur stehenden Kommission der Besatzungsmächte gestellt hatte. Sie fanden die einmütige Zustimmung der Erschienenen.

In der Aussprache wurde von Rednern aller Parteien über die schweren Bedrückungen der linksrheinischen Bevölkerung die bittersten Klagen erhoben und die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß es gelingen würde, die Ausführung des Abkommens so zu gestalten, daß insbesondere der freie Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet wiederhergestellt und die staatsbürgerlichen und bürgerlichen Rechte frei ausgeübt werden können. Reichsminister Dr. David legte die Aufgaben des Reichskommissars dar und forderte zur Bildung des diesem beizugebenden parlamentarischen Beirats auf. Nach längerer Debatte einigten sich die Erschienenen dahin, daß der Beirat aus 18 Mitgliedern bestehen soll, von denen sieben der Zentrumspartei, vier der sozialdemokratischen, drei der demokratischen, zwei der Deutschen Volkspartei und je einer der Deutschnationalen Volkspartei und der Unabhängigen Partei angehören solle. Aufgabe des parlamentarischen Beirats ist, den Reichskommissar über die Wünsche und Anschauungen der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu unterrichten und ihn bei seinen Maßnahmen zu unterstützen.

Die Uebergabe der Kohlengruben des Saargebietes.

Auf die deutsche Anregung, die nötigen Vorbereitungen zur Uebergabe der Kohlengruben des Saarbeckens zu treffen, hat die französische Regierung mitgeteilt daß sie einen Grubendirektor in Begleitung eines Finanzberaters nach Saarbrücken entsenden wird, um dort mit deutschen Beauftragten zusammenzutreffen. um das Erforderliche zu vereinbaren. Bei dieser Zusammenkunft soll auch die Frage erörtert werden, inwieweit die deutschen Bergbeamten übernommen werden sollen.

Ein alliiertes Infanteriebataillon nach Schleswig.

Im Auftrage des Höchstkommandierenden der alliierten Armeen übermittelte die französische Waffenstillstandskommission in Köln am 14. 7. eine Note an die deutsche Regierung, mit der französischen Kommission über die Ausführung des Eisenbahntransportes eines Infanteriebataillons von Köln nach Flensburg zu beraten. Dieses Bataillon solle dazu bestimmt sein, bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in Schleswig während der Periode der Volksabstimmung mitzuwirken Als Leiter des internationalen Ausschusses für die Volksabstimmung in Schleswig ist ein Engländer und für Oberschlesien ein Franzose ausersehen

Kriegsgefange und Wiederaufbau.

Auf Grund von Meldungen französischer Blätter, daß unsere Kriegsgefangenen nur gegen freie deutsche Arbeiter ausgetauscht werden sollten, hat unsere in Versailles über die Gefangenenfrage mit der Entente in Verhandlungen befindliche Kommission die Anfrage gestellt, ob diese Meldungen den Absichten der französischen Regierung entsprechen. Der französische Kriegsminister Loucheur hat darauf die Erklärung abgegeben, daß ihm von einer solchen Absicht der französischen Regierung nichts bekannt sei.

Staatliche Neubildungen.

Eine Verständigung über den Artikel 18 der Reichsverfassung.

Nach langwierigen Verhandlungen ist zwischen den Regierungsparteien in Weimar eine Verständigung über den seinerzeit zurückgestellten Artikel 18 der Reichsverfassung zustande gekommen. In dem Artikel wurde bekanntlich bestimmt, daß eine Neubildung oder Gebietsänderung nur durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz (Zweidrittel-Mehrheit) erfolgen kann. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Mehrheitsparteien haben zu dem Ergebnis geführt, daß die bisherige Fassung fallen gelassen worden ist. In der zwischen den Parteien vereinbarten neuen Fassung soll festgelegt werden, daß eine Neubildung oder Gebietsänderung durch einfaches Reichsgesetz erfolgen kann. Dagegen sind zwei einschränkende Bestimmungen getroffen worden. Einmal wird in den Uebergangsbestimmungen festgelegt, daß vor Ablauf von zwei Jahren nach Verkündigung der Verfassung keine Volksabstimmung vorgenommen werden darf. Ferner ist die einschränkende Bestimmung getroffen, daß eine Gebietsänderung davon abhängig gemacht wird, daß Dreifünftel der Bevölkerung der Schwierigkeiten nicht angängig ist.

Durch diese neue Fassung steht der gesetzliche Weg für die Neubildung offen, allerdings mit der wesentlichen Bestimmung, daß zunächst eine zweijährige Sperrfrist eingelegt wird. Maßgebend war für diese berechtigte Einschränkung die Erwägung, daß in der gegenwärtigen schwierigen Zeit eine Neubildung von Gliedstaaten infolge der damit verbundenen Erschütterung der inneren Ruhe und der Vermehrung der Schwierigkeiten nicht angängig ist.

Dies Abkommen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie dürfte aller Voraussicht nach auch die Zustimmung der Demokraten finden, so daß eine große Mehrheit für die Annahme des so abgeänderten Artikels 18 gewährleistet ist.

Einrichtung einer Provinz Oberschlesien.

Der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung wurde in der Form eines Gesetzentwurfes folgender Antrag der ostpreußischen Zentrumsabgeordneten unterbreitet: „Der Regierungsbezirk Oppeln scheidet aus der Provinz Schlesien sowie aus dem weiteren Gemeindeverbande dieser Provinz aus und bildet eine eigene Provinz sowie einen mit den Rechten einer Korporation ausgestatteten Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft."

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 17. Juli 1919.

Religion und Religionsgesellschaften.

Am späten Nachmittag begann die Nationalversammlung in einer zweiten Sitzung die Beratung der Artikel, welche die Stellung der Kirche zum Staat regeln. Der Antrag der Unabhängigen auf vollständige Trennung von Staat und Kirche wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Dagegen wurde mit geringer Mehrheit der Antrag der Deutschnationalen angenommen, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben. Im übrigen wurden die einzelnen Bestimmungen dieses Abschnitts unter Ablehnung aller anderen Anträge gemäß den Ausschußbeschlüssen angenommen.

— Weimar, 18. Juli.

Ein Danktelegramm an den argentinischen Senat.

Der argentinische Senat und die Deputiertenkammer haben in einem Telegramm an die deutsche Nationalversammlung ihre Befriedigung über die Beendigung des Krieges zum Ausdruck gebracht, welcher ein Aufhören der Anstrengungen und Opfer bedeutet, die den kriegführenden Völkern auferlegt worden sind. Präsident Fehrenbach schlug dem Hause vor, dem argentinischen Parlamente für diese freundliche Kundgebung den Dank der Nationalversammlung auszusprechen.

Als erster Punkt der Tagesordnung folgen kleine **Anfragen**, u. a. erkundigte sich der deutschnationale Abg. Hampl nach den Maßnahmen der Regierung gegen das immer mehr um sich greifende Uebel des Glücksspiels. Unterstaatssekretär Dr. Delbrück sagte da, wo die Strafgesetze nicht ausreichen, eine entsprechende Ergänzung der Strafrechtsreform zu. Auf eine Anfrage über die Ermordung des französischen Sergeanten in Berlin vermochte die Regierung keine Antwort zu geben, da die von der preußischen Regierung veranstalteten eingehenden Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind.

Das Haus setzte dann die Beratung des Verfassungsentwurfs bei dem Abschnitt

Bildung und Schule

fort, zu dem das bereits veröffentlichte Schulkompromiß für den Antrag Löbe-Gröber und Genossen vorliegt.

Reichsminister Dr. David erklärte sich namens der Reichsregierung mit der Vereinbarung, die in dem Kompromiß zwischen zwei Grundauffassungen getroffen sei, einverstanden. Keine Auffassung habe in dem Ausschuß eine Mehrheit gewonnen, infolgedessen mußte eine Vereinbarung getroffen werden. Die Vereinbarung gab den Nächstbeteiligten ,den Eltern, die Entscheidung. Der Kampf verschwinde damit nicht in der Allgemeinheit des Volkes, sondern werde in die Gemeinden verlegt.

Der Abg. Schultz-Ostpreußen (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratie habe keine Veranlassung, über das jetzige Schulkompromiß besonders erfreut zu sein. Als Kompromiß befriedigte es keine Partei vollkommen.

Abg. Gröber (Ztr.) betonte unter lebhaftem Beifall seiner Fraktion, daß sich Gegensätze der Weltanschauung wie sie auf dem Gebiete der religiösen Erziehung der Kinder bestehen, nicht lösen lassen auf dem Boden der Majorisierung und des gesetzlichen Zwangs, sondern nur auf dem Boden der gleichen Freiheit und des gleichen Rechtes. Diese Auffassung suche der Kompromißantrag zu verwirklichen, indem er den Vertretern der drei großen Richtungen die Möglichkeit gebe, ihren Einfluß auf die Volksschule geltend zu machen.

Abg. Dr. Seifert (Dem.) bedauerte, daß durch das Kompromiß die Aufrichtung der staatlichen Gemeinschaftsschule verhindert werde, die als Bekenntnisschule undenkbar sei.

Abg. Traub (Deutschnational) hielt das Kompromiß für eine Verschlechterung, es bedeute die Zertrümmerung des einheitlichen nationalen Schulwesens.

Der neuernannte Unterstaatssekretär Schulz hielt den Gegnern des Kompromisses entgegen, die Mehrheit müsse entscheiden, und wenn die Mehrheit des Volkes die Konfessionsschule wolle, so müsse sie bleiben. Durch eine Verbindung zwischen Schule und Elternhaus müsse der Kampf zwischen Eltern und Lehrern ein für allemal aus der Welt geschafft werden. (Beifall.)

Hierauf wurde die Weiterberatung auf 4 Uhr vertagt.

Preußische Landesversammlung.

Aufhebung der Ortsschulinspektionen.

Die gestrige Nachtsitzung, in der die Aussprache über den Landarbeiterstreik zu Ende geführt wurde, hatte sich bis Mitternacht hingezogen, infolgedessen trat das Haus heut erst gegen Mittag zusammen. Auf der Tagesordnung stand die zweite Lesung der Vorlage über die Aufhebung der Ortsschulinspektionen.

Abg. Dr. Porsch (Ztr.) wandte sich gegen die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht, erklärte sich jedoch bereit dem Gesetz zuzustimmen, wenn der kirchliche Einfluß auf die Schule in anderer Weise sichergestellt werde. Zu diesem Zwecke beantragte das Zentrum, daß auf Grund eines Gesetzes Schulbeiräte aus Vertretern der Eltern, der Lehrer, der Gemeindebehörde und derjenigen Religionsgesellschaften gebildet werden, deren Angehörige an der betreffenden Schule unterrichtet werden. Diese Beiräte sollen in freier Wahl gewählt werden. Ferner beantragte das Zentrum, daß der Geistliche, der an einer Schule Religionsunterricht erteilt, als Mitglied des Lehrkörpers dieser Schule betrachtet wird und Sitz und Stimme in dem Lehrkörper hat. Sollten diese Anträge abgelehnt werden, so würde das Zentrum gegen das Gesetz stimmen.

Frhr. v. Wangenheim schloß sich im Namen der Welfen den Ausführungen des Zentrums an, desgleichen erklärten sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, letztere trotz ihrer großen Bedenken, für die Zentrumsanträge.

Besondere Erregung im Zentrum verursachte die Erklärung des Abg. Neumann (Soz.), daß seine Partei nicht einen Schritt von ihrer Haltung zurücktreten und auf ihren „Parteiminister" entsprechend einzuwirken suchen werden. (Stürmisches Hört! hört! im Zentrum.)

Angenommen wurde der Ausschußantrag zu diesem § 2, wonach die genannten Befugnisse dem Kreisschulinspektor zu übertragen sind, soweit sie nicht im Lehrerkollegium bzw. an einklassigen Schulen dem Lehrer übertragen werden können. Abänderungsanträge des Zentrums und der Welfen wurden abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wurde nach einer kürzeren Rede des Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) gegen das Schulkompromiß und den geistlichen Unterricht überhaupt auch in dritter Lesung von der großen Mehrheit des Hauses angenommen.

Die Vorlagen wegen vorläufiger Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts sowie ein Gesetzentwurf zur Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern wurden in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf wurde die allgemeine Aussprache über das Ministerium des Innern fortgesetzt.

Abg. Leidig (D. Vp.) verlangte dringend die Ausschaltung der kommunalen Arbeiterräte. Der Minister des Innern habe nicht gewagt, deutlich auszusprechen, daß das gegenwärtige preußische Staatsrecht kommunale Arbeiterräte nicht kennt. Die Gemeinden Großberlins sind angewiesen, Geldleistungen für den Vollzugsrat von Großberlin zu übernehmen. In Großberlin gibt es noch 1042 Arbeiter- und Soldatenräte. Die preußische, vor dem 9. November so festgefügte Verwaltung sei heute in völligem Verfall. Der Redner erkannte durchaus an, daß in der Verwaltung eine weitgehende Demokratisierung Platz greifen müsse, aber andererseits müsse an den bewährten Grundlagen der preußischen Verwaltung festgehalten werden.

Die Weiterberatung wurde in einer Abend-Sitzung fortgesetzt.

Deutsches Reich.

— Nach einer Newyorker Meldung unterhandelt die deutsche Bank im Namen der deutschen Regierung über ein großes Darlehn in Amerika. Der erste Kredit soll 50 Mill. Dollar betragen.

:: **Ablehnende Antwort auf Fochs Note.** Die deutsche Antwort auf Fochs Forderung, einer Buße der Stadt Berlin von einer Million Mark in Gold, wurde Freitag nachmittag überreicht. Sie lautet ablehnend, da kein Verschulden der Stadt Berlin bei der Tötung des französischen Sergeanten Manheim in Frage komme. Rein formell spricht gegen die Verantwortung der Stadt schon der Umstand, daß die Berliner Polizei nicht städtisch, sondern staatlich ist. Die Entschädigung von 100 000 Fr. an die Familie des getöteten Sergeanten soll zugestanden werden.

:: **Der Reichswehrminister und die Offiziersverbände.** Die Gegensätze zwischen dem Nationalverband deutscher Offiziere und dem neugebildeten Republikanischen Führerbund haben den Reichswehrminister zu einer grundsätzlichen Erklärung veranlaßt. Es wird betont, daß der Republikanische Führerbund ebenso wie der Nationalverband eine nur durch die Initiative einzelner Offiziere erfolgte Gründung ist, von einer Unterstützung seitens der Regierung kann deshalb keine Rede sein. Der Reichswehrminister steht auf dem Standpunkt, daß politische Verbindungen innerhalb der Reichswehr durchaus unzulässig sind. Wenn somit ein Weiterbestehen derartiger, politisch gegensätzlicher Offiziersgruppen im Verbande der Reichswehr nicht geduldet werden kann, so ist doch der politischen Ueberzeugung des einzelnen kein Zwang auferlegt. Jeder Angehörige der Reichswehr hat selbstverständlich alle Rechte des Staatsbürgers.

:: **Bevorstehende Volkszählung.** Der Ausschuß für Volkswirtschaft der Nationalversammlung beschäftigte sich mit dem Entwurf einer Verordnung über eine Volkszählung am 8. Oktober 1919. Bereits am 4. Dezember 1918 sollte eine solche stattfinden, konnte aber wegen der damals so stürmischen Volksbewegung nicht erfolgen. Die Notwendigkeit der Zählung wird begründet mit Zwecken der Ernährungswirtschaft. Der Entwurf wurde vom Ausschuß gebilligt, jedoch weitergehend verlangt, daß bei der Volkszählung auch das Alter der Bevölkerung festgestellt werde, insbesondere deshalb, um einen Ueberblick über die Lebensmittelversorgung der älteren Leute zu gewinnen. Eine dahingehende Entschließung wurde fast einstimmig angenommen Dagegen wurde eine Anregung auf gleichzeitige Zählung der Berufe aus technischen Gründen und wegen der Kürze der Zeit als untunlich abgewiesen.

:: Zum Schutze Ostpreußens hat Abg. Graf Kanitz in der Landesversammlung die Staatsregierung in einer kleinen Anfrage aufgefordert, ein besonders starkes Truppenkontingent baldmöglichst nach Ostpreußen zu verlegen, um den inneren und den äußeren Schutz der Provinz zu gewährleisten, die sich nach der Abtrennung vom Mutterlande durch den polnischen Korridor in einer äußerst unglücklichen und gefährlichen Lage befinden wird, die den gänzlichen Verlust der Provinz befürchten lassen.

Rundschau im Auslande.

Böhmen: Tschechische Finanzsorgen.

‡ In der böhmischen Nationalversammlung erklärte Finanzminister Horacek, er werde bei der Valutareform den von dem früheren Finanzminister Rasin eingeschlagenen Weg mit einigen Abweichungen fortsetzen. Neue Steuern und eine Vermögensabgabe seien notwendig, die finanzielle Lage sei sehr schwierig. Die Kriegsereignisse in der Slowakei und Wetterkatastrophen hätten die Lage noch verschlimmert. Zudem sei es unsicher, ob seitens der Pariser Friedenskonferenz nicht noch „unliebsame Ueberraschungen" bevorstünden, und wie schließlich die Liquidierung mit dem ehemaligen Oesterreich ausfallen werde.

Frankreich: Die französischen Garnisonen in Elsaß-Lothringen.

‡ Das französische Kriegsministerium sieht zahlreiche Garnisonen in Elsaß-Lothringen vor. Die beiden Provinzen werden dem 6. und 7. Militärbezirk angegliedert werden. Die neuen Garnisonen werden von Teilen der 83., 84. und 85. Brigade belegt. Unter den neuen Garnisonregimentern werden Regiment 146, 151, 153, 162, 178, 186 usw., darunter auch ein Kolonialregiment genannt. Das Generalkommando der 42. Division, dem ein Teil dieser Truppen unterstellt ist, wird mitverlegt werden. Als Garnisonorte kommen u. a. in Betracht: Metz, Straßburg Mülhausen, Saarburg, Saargemünd, Forbach usw. Die gesamte Stärke der Garnisonen wird auf 120 000 Mann beziffert. Straßburg wird eine der ersten und größten französischen Garnisonen und beständig mit 20 000 Mann belegt. Die Festungswerke von Metz und Straßburg, sowie entlang der Vogesen werden erweitert.

England: General Smuts tritt für Versöhnung ein.

‡ Der Friedensdelegierte für Versöhnung in Südafrika, General Smuts, legte vor seiner Abreise nach Afrika in seiner Abschiedsrede der Entente dringend ans Herz, daß man Gnade, Milde und Versöhnlichkeit dem früheren Feinde gegenüber üben solle. Monatelang habe die Regierung Ebert für die Ordnung in Europa und gegen die militärische Reaktion wie auch gegen die Anarchie gekämpft. Dafür verdient sie Ermutigung und Unterstützung. General Smuts hat bekanntlich bereits bei der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages in einer besonderen Erklärung gegen die harten Bestimmungen des Vertrages Einspruch erhoben.

Rußland: Wiederaufnahme der deutsch-russischen Handelsbeziehungen?

‡ In Beantwortung einer Anfrage im englischen Unterhause teilte ein Regierungsvertreter mit, er glaube, daß die deutsche Regierung sich bemühe, diplomatische Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung anzuknüpfen, und daß eine deutsche industrielle und kommerzielle Kommission Sowjet-Rußland besucht habe oder im Begriffe sei, es zu tun. Die Delegierten in Paris widmeten dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 20. Juli 1919.

— **Lebensmittelverkauf** im Landkreise vom 21. bis 26. Juli 1919. I. **Frühkartoffel!** Ob Frühkartoffel zur Ausgabe gelangen können, läßt sich noch nicht genau übersehen. Wenn irgend möglich, sollen jedoch 2 Pfund pro Kopf an die Kartoffelversorgungsberechtigte Bevölkerung ausgegeben werden. Es erfolgt hierüber noch eine besondere Bekanntmachung. — II. **Nährmittel!** Graupen werden ausgegeben an alle Fettversorgungsberechtigten in derjenigen Butterverkaufsstelle, in der sie eingetragen sind. Gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 9 erhält jeder ½ Pfund zu den bekannten Höchstpreisen. Die Marken sind von den Verkaufsstellen aufgeklebt, hier, Zimmer Nr. 15, abzuliefern. — III. **Brotaufstrich!** Sämtliche Fettversorgungsberechtigte erhalten in den Butterverkaufsstellen gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 10 je Person ½ Pfund Auslandsmarmelade zu 75 Pfg. — IV. **Auslandsfett!** Auslandsfett kann nur an die fettversorgungsberechtigte Bevölkerung verteilt werden. Jeder erhält ab Donnerstag, den 24. d. M., gegen Abgabe der Einfuhrzusatzmarke Nr. 7 in derjenigen Butterverkaufsstelle, wo er eingetragen ist, 75 Gramm zu 75 Pfg. Die Marken sind am Montag, den 28. d. M., hier, Zimmer Nr. 15, aufgeklebt abzuliefern. — V. **Auslandsschweinefleisch!** Auslandsschweinefleisch wird ab Montag, den 21. d. M., in den Schlachterläden des Stadt- und Landkreises an Hand der Kundenliste an alle Fleischversorgungsberechtigten in sämtlichen Gemeinden ausgegeben. Es erhält jeder gegen Abgabe der Einfuhrzusatzmarke Nr. 20 150 Gramm zu 1,32 M. Die Marken sind am Montag, den 28. d. M., aufgeklebt, hier, Zimmer Nr. 15 abzuliefern. — VI. **Auslandsweizenmehl!** Alle Brotversorgungsberechtigten erhalten in den Butterverkaufsstellen gegen Abgabe der Einfuhrzusatzmarke Nr. 24 je Person 400 Gramm Auslandsweizenmehl zu 68 Pfg. Die Marken sind hier, Zimmer Nr. 15, aufgeklebt abzuliefern. Diese Menge ist infolge der Kartoffelknappheit für eine Woche bestimmt. — VII. **Sonderzuweisungen!** Sämtliche milchversorgungsberechtigten Kinder von 3 bis 6 Jahren erhalten in den bekannten Krankenverkaufsstellen gegen Abgabe der vom 7. 7. bis 3. 8. gültigen Keksmarke je Person ½ Pfund-Paket Haferflocken zu 38 Pfg., 1 Rolle Keks zu 39 Pfg. und 1 Dose kondensierte Vollmilch zu 2,90 M.

— **Aufkauf von Frühkartoffeln.** Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 12. 7. betr. „Frühkartoffelausfuhrverbot und -Aufkauf" sind als Aufkäufer bestellt: Für die Gemeinden Altenhagen, Brönninghausen und Milse Kommissionär Moshage, Altenhagen. — Für die Gemeinden Brackwede, Ebbesloh, Gadderbaum, Hollen, Holtkamp, Isselhorst, Niehorst, Quelle und Ummeln Kaufmann Steinkröger, Brackwede. — Für die Gemeinden Babenhausen, Hobergeürentrup, Kirchdornberg, Niederdornberg, Deppendorf Kommissionär August Ringstmeier, Babenhausen Nr. 40. —Für die Gemeinden Gellershagen, Großdornberg und Niederjöllenbeck Kommissionär Eduard Kerkfiek, Nieder-Jöllenbeck Nr. 202. — Für die Gemeinden Heepen, Oldentrup, Lämershagen, Sieker und Stieghorst Kommissionär Adolf Drewer in Heepen. — Für die Gemeinden Brake, Ober-Jöllenbeck, Bauerschaft Schildesche, Gemeinde Schildesche, Theesen und Vilsendorf Kommissionär Heinr. Meyer, Jöllenbeck. — Für die Gemeinden Senne I und Senne II Kommissionär Eduard Kleine, Senne I. — Für die Gemeinden Hillegossen und Ubbedissen Kommissionär L. Westerheide, Ubbedissen. Frühkartoffeln dürfen nur an diese Stellen verkauft werden.

— **Ausstellung von Saatkarten.** Im neuen Wirtschaftsjahre sind Saatkarten erforderlich für 1. Winter- und Sommerroggen, 2. Winter- und Sommerweizen, 3. Winter- und Sommergerste. Die Anträge aus Ausstellung von Saatkarten sind, wie auch im Vorjahre, bei den Ämtern zu stellen und werden schon jetzt entgegengenommen. — Ausdrücklich weisen wir noch darauf hin, daß also für Hafer, Hülsenfrüchte und Buchweizen Saatkarten nicht notwendig sind. — Brotgetreide und Gerste sind ebenso wie im Vorjahre beschlagnahmt. Es müssen also alle nicht zur Selbstversorgung und Saat benötigten Mengen restlos abgeliefert werden. — Hafer und Hülsenfrüchte sind dagegen in diesem Jahre nicht beschlagnahmt. Es ist jedoch von jedem Morgen Anbaufläche eine bestimmte Menge, deren Höhe noch nicht feststeht, zur Ablieferung zu bringen. Wer diese Pflichtmengen nicht abliefert, hat hohe Strafe zu gewärtigen.

— **Minden-Ravensberger gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle.** In dieser Woche sind Sprechstunden in Spenge bei Gastwirt Sundermann am Mittwoch von 3½—5½ Uhr; in der Geschäftsstelle an der Bülowstraße täglich von 9—12 Uhr und 3—6 Uhr.

— **Bethel.** Pastor Michaelis aus Bielefeld ist zum 1. Oktober als Dozent für praktische Theologie an die theologische Schule berufen und wird mit dem Tage seine Tätigkeit als Pastor der Neustädter Gemeinde aufgeben. Für die Fragen, die die letzten Monate in der preußischen Regierung in bezug auf Trennung von Kirche und Staat zur Verhandlung standen, war Herr Pastor Michaelis als Vertrauensmann bestellt und man hörte öfter die Befürchtung aussprechen, daß der beliebte Prediger und Seelsorger endlich ganz seinem hiesigen Wirkungskreise entzogen würde. Durch seine Berufung an die theologische Schule bleibt er nun doch erreichbar für so manche, die in besonderer Gemeinschaft mit ihm standen.

Für die theologische Schule mag aber der Eintritt dieses in allen kirchlichen Fragen überaus erfahrenen Mannes noch von besonderer Bedeutung sein.

Außerdem wird Pastor Michaelis den Vorsitz im Deutschen Verband für Gemeinschaftspflege und Evangelisation übernehmen, dessen bisheriger Vorsitzender Inspektor Th. Haarbeck in Barmen wegen hohen Alters zurücktritt. Dieser Verband ist die Zusammenfassung eines sehr großen Teiles der auf landeskirchlichem Boden stehenden evangelischen Gemeinschaften und Gemeinschaftsverbände Deutschlands. Infolge der Trennung von Staat und Kirche ergeben sich in diesem Verband für ihn und für die Landeskirche neue und wichtige Aufgaben. Möge Gottes Segen auch ferner auf aller Arbeit dieses Mannes ruhen.

+ **Gütersloh.** Die Minden-Ravensberger gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle aus Bielefeld hält am 21. Juli, nachmittags von 5½—6½ Uhr, im Vereinshause in der Moltkestraße 1 ihre Sprechstunde ab. Wer Rat in Unterstützungs-, Versicherungs-, Steuersachen und in sonstigen Rechtsfragen braucht, wende sich dorthin.

□ **Bünde i. W.** (Deutsch-nationale Versammlung.) Am heutigen Sonntag hält die hiesige Ortsgruppe der Deutsch-nationalen Volkspartei im Saale des Gastwirts Niemeyer eine große öffentliche Versammlung ab. Als Redner ist der in Minden-Ravensberg sehr geschätzte und beliebte Marinekorpspfarrer Herr Koene gewonnen. Das Thema heißt: „Die Waffen des waffenlosen Deutschland." Bei allen seinen Vorträgen hatte der Redner ein übervolles Haus, und die Zuhörerschaft fesselte er bis zur letzten Silbe seines Vortrages. Da wollen auch wir in Bünde so zahlreich erscheinen, daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt ist.

Letzte Nachrichten.

„Reichsprovinz" Westpreußen.

In Berliner Reichsstellen besteht die Absicht, eine Reichsprovinz unter dem alten geschichtlichen Namen Westpreußen weiter bestehen zu lassen, zu deren Bildung außer den deutschbleibenden Kreisen Deutsch-Krone, Flatow, Schlochau noch Teile von Pommern sowie die deutschbleibenden Gebiete der Provinz Posen genommen werden. Dadurch würde eine größere Anzahl der durch die Gebietsabtretungen freiwerdenden Beamtenkräfte Verwendung finden.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Krage, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

Sonntag abend 8 Uhr große

Oeffentl. Volksversammlung

im Saal des Gastwirts **Niemeyer, Bünde i. W.**

Redner: **Herr Marinekorpspfarrer Koene.**

Thema:

Die Waffen des waffenlosen Deutschland.

Der Vorstand.

Ortsgruppe der Deutsch-nationalen Volkspartei für Bünde und Umgegend.

Die Wahrheit über die Leiden des armenischen Volkes in der Türkei während des Weltkrieges . . . . .

Von Oberlehrer E. Sommer. — Bei Geldvoraussendung netto Mk. 1.— oder Nachnahme.

Fr. Ehrler (Kolporteur f. Armenien), Steinhagen, Westf.

Das Jenseits,

eine gläubige Erfahrungswissenschaft, kein Phantasieprodukt. Preis Mk. 2,75 franko Voreinsendung oder Nachnahme.

Blankenburg-Versandbuchhandlung

Paul Enigk, Prenzlau.

Kirchl. Nachrichten.

Bielefeld.

5. Sonntag nach Trinitatis, 20. Juli 1919.

Kollekte für das Brüderhaus Nazareth.

Altstädter Kirche. Vorm. 8 Uhr P. Trautermann. Vormittags 10 Uhr Superint. Lappe. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr gemeinschaftl. Gottesdienst in der Reformierten Kirche.

Neustädter Kirche. Vormittags 8 Uhr P. Michaelis, Vorm. 10 Uhr P. Kuhlo. Vorm. 11¾ Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr Gemeinsamer Gottesdienst in der Reform. Kirche.

Reformierte Kirche. Vorm 10 Uhr P. Conrad. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr gemeinsamer Gottesdienst, P. Köhne.

Pauls-Kirche. Vormittags 8 Uhr P. Hackländer. Vorm. 10 Uhr P. Kähler (Abschiedspredigt). Abends 8 Uhr Familienabend aus Anlaß des Weggangs von Herrn P. Kähler im großen Saal des Vereinshauses. Eintritt 30 Pfg.

Martini-Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Usener. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch abend 8½ Uhr Gemeindebibelstunde, P. Usener.

Johannis-Kirche Vormittags 8 Uhr P. Köhne. Vorm. 10 Uhr P. Hammerschmidt. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr Gemeinsamer Gottesdienst in der Reform. Kirche. — Mittwoch 8½ Uhr Bibelbesprechung, P. Köhne.

Petri-Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, P. Kortmann. 2½ Uhr Taufen.

Jakobus-Gemeinde. 10 Uhr P. Hesselmann, 2¾ Uhr Kindergottesdienst, (Ausflug), 3¾ Uhr Taufen.

Zionsgemeinde. Sonnabend abend 7 Uhr: Beichte: P. Wolf. Sonntag vorm 8½ Uhr: P. Kuhlo. 9 Uhr: P. Lic Stosch. 10 Uhr: Jahresfest des Kriegerdankbundes: P. v. Koltenborn-Stachau, anschl. Feier des hl. Abendmahls Nachm. 1½ Uhr Kindergottesdienst. — Donnerstag 7½ Uhr P. D. Jaeger. **Landeskirchl. Gemeinschaft.** Herforderstr. 31 (Hinterhaus). Jeden Sonntag abend 8 Uhr: Evangelisation. Jeden Sonnt. nachm. 2 Uhr: Sonntagsschule. Jeden Donnerstag abend 8 Uhr: Bibelstunde.

F. W. Schuhwaren **Böhmer**

Hauptgeschäft: Essen, Ruhr,

Limbeckerstrasse 14.

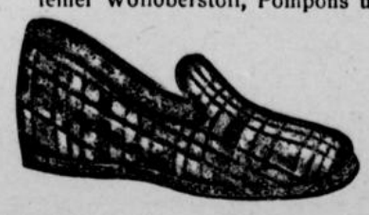
Eigene Schuhfabrik Cleve a. Rh.

Bochum, Ober hausen, Marxloh, Duisburg, Langenberg, Bottrop, Gladbeck, Buer, Mülheim, Borbeck

Gegen Nachnahme versende

Hausschuhe in allen Frauengrössen

von gutem Wollstoff mit Ledersohle	8.80
„ „ Segeltuch mit Ledersohle	7.25
„ „ Wollstoff mit Filz- u. Ledersohle	9.50
feiner Wolloberstoff, Pompons u. Vulkans	8.50



Hausschuhe von Papierstoffgewebe 2.75 — 3.50.